



Aktenzeichen: Pet 1-20-06-1100-004061

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 02.03.2023 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird eine Änderung des Grundgesetzes dahingehend gefordert, das Amt des Bundespräsidenten abzuschaffen.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen ausgeführt, dass die Bundesrepublik Deutschland nach außen hinreichend durch den Bundeskanzler sowie den Außenminister repräsentiert werde. Das Amt des Bundespräsidenten sei nicht mehr zeitgemäß.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen 127 Mitzeichnungen und 40 Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss weist zunächst darauf hin, dass die Aufgaben, die mit dem Amt des Bundespräsidenten verbunden sind, vom Verfassungsgeber nicht einer der drei klassischen Staatsgewalten zugeordnet worden sind. Der Verfassungsgeber hat das Amt des Bundespräsidenten bewusst nicht mit politischen Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet, die denjenigen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung einschließlich des Bundeskanzlers vergleichbar sind. Zu den Aufgaben des



Bundespräsidenten gehören vor allem die Repräsentation des Staates, die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes, die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland auf völkerrechtlicher Ebene gegenüber anderen Staaten und das Begnadigungsrecht nach Artikel 60 Absatz 2 Grundgesetz (GG). Dem Bundespräsidenten kommt aufgrund seiner Stellung als Staatsoberhaupt und seiner Aufgaben eine für das Staatswesen im Inneren integrative Funktion zu.

Ferner stellt der Ausschuss fest, dass sich die Entscheidung des Verfassungsgebers, die oben genannten Aufgaben in der Funktion eines Staatsoberhauptes zu vereinen, nach Auffassung des Ausschusses seit Bestehen des Grundgesetzes bewährt hat. Der gänzliche Verzicht auf ein Staatsoberhaupt würde eine beachtliche Zäsur im System der Verfassungsorgane markieren, deren Akzeptanz in Politik und Gesellschaft zweifelhaft sein dürfte.

In diesem Zusammenhang macht der Ausschuss darauf aufmerksam, dass zur Umsetzung des mit der Petition unterbreiteten Vorschlags eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich wäre. Sie bedürfte nach Artikel 79 Absatz 1 Satz 1 GG

i. V. m. Absatz 2 GG der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Eine solche Mehrheit ist nicht ersichtlich.

Vor diesem Hintergrund vermag der Petitionsausschuss keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu erkennen und die mit der Petition geforderte Abschaffung des Amtes des Bundespräsidenten aus den oben dargelegten Gründen nicht zu unterstützen. Er empfiehlt daher im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.